

hen von einer klaren Trennung der Verantwortung von Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären sowie von Funktionären der Massenorganisationen.

In diesem Zusammenhang möchte ich im Auftrag vieler Genossen und Bürger anregen, daß wir einen Beschluß darüber fassen, daß das *System materieller Sonderrechte für Funktionäre der Partei unverzüglich ad acta gelegt und öffentlich über die getroffenen Maßnahmen informiert wird* - angefangen von der Auflösung des »Städtchens« in Wandlitz und von Sonderjagdgebieten bis hin zur gesellschaftlichen Nutzung von Luxusdatschen und so weiter.

Genossen, die sich des Mißbrauchs ihrer Funktion schuldig gemacht haben, müssen von der Partei unnachsichtig zur Verantwortung gezogen werden.

Genossen!

Wenn unter Führung der SED Günter Mittag zweimal das Gesetz der proportionalen Entwicklung beugen durfte und wenn er dem Volk eine Wirtschaft hinterläßt, die Egon Krenz zu der Aussage zwingt, daß die Konsolidierung der Wirtschaft aus eigener Kraft ein um 30 Prozent geringeres Lebensniveau zur Folge hätte, dann verlangen unsere Genossen in der Grundorganisation zu Recht; daß sie über die Art und Weise, wie er sich zu verantworten hat, informiert werden. Doch weiter. Um das Vertrauen der Menschen unseres Landes wiederzugewinnen und mit ihnen gemeinsam weiterzuarbeiten, sollten wir auch gesetzlich neu bestimmen, was gesellschaftliche Realität bei uns ist. Wir »vergaßen«, die »führende Rolle« ist kein Geschenk des Himmels, sondern muß täglich neu in Hirne und Herzen der Menschen und im gesellschaftlichen Sein erkämpft und bewiesen werden. Weil es, wie Genosse Egon Krenz feststellte, die SED mit der Erneuerung ehrlich meint, empfehle ich deshalb der 10. Tagung, ausgehend von Artikel 21 Absatz 1 der Verfassung der DDR, in dem es heißt: »Jeder Bürger der DDR hat das Recht, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten«, die SED-Fraktion in der Volkskammer zu beauftragen, einen Vorschlag zur Abänderung des Artikels 1 der Verfassung einzubringen.

Auch ich unterstütze sehr stark die Einberufung eines Sonderparteitages zur kollektiven Beratung dringender Fragen der weiteren Strategie und Taktik der Partei und zur Klärung weiterer personeller Fragen.

*Zweitens:* Einige Worte zum bevorstehenden Winterkampf in der Braunkohle. Wie streng der Winter 1989/90 wird und welche Anforderungen er stellt, wissen wir noch nicht. Wir haben aber langjährige Erfahrungen - und dabei teilweise volkswirtschaftlich teure.